

Der Ostseeraum im Wandel. EU-Erweiterung, Nördliche Dimension und Zusammenarbeit mit Russland – die Prioritäten der deutschen

Präsidentschaft im Ostseerat

Hans-Jürgen Heimsoeth

Vorsitzender des Ausschusses Hoher Beamter des Ostseerats

auf der

Konferenz zur Entwicklung im Ostseeraum anlässlich der Europawoche 2001 in Rostock,
veranstaltet durch das Ostseeinstitut an der Universität Rostock.

Über den Wandel im Ostseeraum zu sprechen, erscheint nirgendwo naheliegender als hier in Rostock. Dieser Stadt sieht man an, wie sich das Gesicht des Ostseeraums in den vergangenen Jahren spürbar positiv verändert hat. Das Stadtbild des traditionsreichen Handelsort Rostock macht wie andere klingenden Namen an den Küsten der Ostsee sowohl die große Geschichte dieser Region anschaulich als auch den unübersehbaren Entwicklungssprung der letzten zehn Jahre.

Seit dem Umbruch von 1989/1990 erlebt die Region einen bemerkenswerten Wandel. Der Aufbau demokratischer Strukturen und eine tiefgreifende wirtschaftliche Transformation bestimmen die Entwicklung in unseren östlichen Nachbarländern. Die kulturellen Gemeinsamkeiten und historischen Wurzeln rund um dieses europäische Binnenmeer werden wieder entdeckt und gepflegt. Der Ostseeraum ist heute politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich eine der dynamischen Regionen Europas. Dabei - dies ist meine feste Überzeugung - stehen wir erst am Anfang dieses Wandels. Dies gilt sowohl für die reale Entwicklung als für die Perzeption, mit der der Rest Europas dem Nordosten des Kontinents begegnet.

Deutschland ist der Ostseeregion politisch, wirtschaftlich und kulturell seit Jahrhunderten verbunden. Institutionell kommt dies heute – neben der wachsenden Zahl bilateraler Kontakte - durch sein Engagement im Ostseerat, dem alle Ostseeanrainer gemeinsam mit Norwegen, Island und der Europäischen Kommission, angehören – zum Ausdruck. 1992 von Hans-Dietrich Genscher und Uffe Ellemann Jensen ins Leben gerufen, sollte er als Brücke zwischen Ost und West in der Region dienen. Zahlreiche politische Vorgaben, die er sich im Gründungsdokument und späteren Aktionsplänen gesetzt hat, haben wir in den vergangenen Jahren erreicht. Wenn man sich die Anspannung der Jahre 1991/ 1992 vor Augen hält, die zugespitzte politische Lage nach der Unabhängigkeitserklärung der baltischen Staaten, die Gefahr eines Vakuums in der Region, die große Ungewissheit über die Zukunft Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion, die schwierigen, zum Teil fehlenden Kontakte zwischen der Russischen Föderation und seinen neuen Nachbarn sowie die Disparität der Verhältnisse der einzelnen Staaten, dann wird klar, wie groß die Fortschritte der letzten zehn Jahre sind. Stabilität und Sicherheit haben in hohem Maße im Ostseeraum Fuß fassen können. Politische und militärische Risiken sind heute gering. Die Fragen, denen wir uns heute zuwenden können, sind die Sicherheitsrisiken von morgen, "soft-security issues".

Der Ostseerat ist dabei ein politisches Unternehmen mit einer leichten Struktur geblieben, mit jährlichen Treffen der Außenminister, einem Ausschuss Hoher Beamter, Arbeitsgruppen und einem ständigen Sekretariat in Stockholm. In größeren Abständen treffen sich die Regierungschefs, mit wachsender Frequenz auch die Fachminister: dies alles ist Ausdruck einer wachsenden Integration der Region. Für die genannten Herausforderungen unserer Zeit wie organisierte Kriminalität oder auch ansteckende Krankheiten wie AIDS und Tuberkulose sind Task Forces gegründet worden.

Seit Juli vergangenen Jahres hat Deutschland die Präsidentschaft im Ostseerat. Dies war Anlass für das Auswärtige Amt sich über die politische Gestaltung der Entwicklungspotentiale in der Region Gedanken zu machen und Prioritäten zu setzen. Die deutsche Präsidentschaft hat es sich zum Ziel gemacht, die Bedeutung der Ostseekooperation auch in Berlin stärker zu verankern. Dies wurde bei einer großen Wirtschaftskonferenz Mitte März mit mehr als 400 Teilnehmern augenfällig, die wir bewusst in Berlin veranstaltet haben, um nach innen, aber auch gegenüber unseren Partnerländern in der Region die Bedeutung des Ostseeraums auch für die Hauptstadt zu verdeutlichen. Außenminister Fischer hat dort auf seiner Rede auf die dynamische Entwicklung der Region hingewiesen. Weitere Veranstaltungen zur Wissensregion Ostsee und kulturellen Zusammenarbeit in der Region "Ars Baltica" fanden auch in Berlin statt.

Die Ostseekooperation ist jedoch nicht nur ein Unterfangen des Bundes, sondern bietet auch Raum für eine Politik der Bundesländer, nicht im Sinne einer Nebenaußenpolitik, aber mit einer wichtigen Rolle bei der Stärkung des grenzüberschreitenden "region-building". Die subnationalen Prozesse gewinnen in ganz Europa an Bedeutung, die Zusammenarbeit von Regionen und Gemeinden im Ostseeraum sind dabei ein gelungenes Beispiel. Repräsentanten der Bundesländer, zum Beispiel in den baltischen Staaten, sind zu gesuchten Ansprechpartnern von Wirtschaft und Kultur geworden. Die "inter-regionale" Kooperation hat sich darüber hinaus als gut funktionierendes, praktisches Instrument bei der Lösung spezifischer wirtschaftlicher, sozialer und umweltpolitischer Probleme erwiesen. Viele Projekte und Strukturen, die in den vergangenen Jahren auf lokaler und regionaler Ebene entstanden sind, haben ihren Anteil bei der Vorbereitung unserer Nachbarn auf den Beitritt in die EU gehabt. Nicht zuletzt sind es diese Kontakte, die bei

dem bevorstehenden EU-Beitritt uns und die Beitrittskandidaten nicht als Fremde, sondern als Partner gegenüber treten lassen.

Die EU-Erweiterung ist die entscheidende vor uns liegende Wegmarke für mehr Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Die Erweiterung der europäischen Union ist nicht nur eine historische Aufgabe, sie beinhaltet auch, dass Polen und die baltischen Länder ihre Marktwirtschaften systematisch weiterentwickeln und damit dem Wachstum der gesamten Region zusätzlich Auftrieb verleihen. Natürlich machen die geforderten Anpassungen im Vorfeld des Beitritts große Anstrengungen der Kandidatenländer erforderlich. Sie sind jedoch kein Selbstzweck, sondern notwendig, damit die Ziele von mehr Wohlstand und immaterieller Sicherheit erreicht werden können. Die Beitrittsländer können auf das Geleistete stolz sein. Das betrifft den erfolgreichen Transformationsprozess und die Übernahme des EU-Acquis. Wozu die Staaten der EU Jahrzehnte Zeit hatten, bewältigen die Beitrittskandidaten mit einem beeindruckenden Tempo in sehr viel kürzerer Zeit.

Die Verhandlungen mit vier Beitrittskandidaten unter den Ostseeanrainern sind auf gutem Wege. Mit Estland und Polen sind bereits Verhandlungen in allen Verhandlungskapiteln eröffnet worden. Die schwedische EU-Präsidentschaft wird ihr erklärtes Ziel, alle noch verbleibenden Kapitel mit Lettland und Litauen zu eröffnen, vermutlich erreichen. Die weiter fortgeschrittenen Länder der sogenannten "Helsinki-Gruppe" haben die Chance genutzt, durch intensive Beitrittsvorbereitungen de facto aufzuschließen (Beispiel: 1. Gruppe: Polen und Tschechien: 15 abgeschlossene Kapitel; Litauen und Malta aus der 2. Gruppe: 13 Kapitel abgeschlossen). Jetzt beginnen ernsthafte Diskussionen auch über einige schwierige Kapitel wie etwa Landwirtschaft oder Justiz und Inneres. Dies bedeutet, die Phase der substantiellen Verhandlungen hat längst begonnen. Das ist nicht zuletzt das

Verdienst der "Wegskizze", die im vergangenen November von der Kommission vorgelegt und später auf dem Europäischen Rat in Nizza bestätigt worden ist. Es ist ein gutes Zeichen, dass dieser Fahrplan bis jetzt eingehalten wird und dass damit die Beitrittsländer die Planungssicherheit erhalten, die sie für ihre Beitrittsvorbereitungen brauchen.

Der Ostseeraum, ja ganz Nordosteuropa, gewinnt in der Europäischen Union künftig auch dadurch deutlich an Gewicht, dass die EU das Konzept einer "Nördlichen Dimension" entwickelt hat. Damit ist dieser Teil Europas fest im Bewusstsein aller EU-Mitgliedsstaaten verankert. Die Nördliche Dimension ist bislang jedoch vor allem ein Politikkonzept. Die deutsche Ostseeratspräsidentschaft hatte es sich daher zum Ziel gesetzt, den Ostseerat für eine konkrete Umsetzung zu mobilisieren. Als Ergebnis dieser Initiative hat der Ostseerat zur Ministerkonferenz zur Nördlichen Dimension am 9. April in Luxemburg einen Prioritäten- und Projektplan vorgelegt. In dem Plan werden besonders herausgehobene Projekte von Bedeutung für die gesamte Ostseeregion, einschließlich ihrer Projektträger und Finanzierungsquellen genannt. Zu dem Plan haben zahlreiche im Ostseeraum aktive Organisationen beigetragen.

Besonders erfreulich war es zu sehen, dass die deutsche Initiative dazu geführt hat, dass Polen, Russland und Litauen anfangen, sich als regionale Partner bei der Entwicklung von regionalen und grenzüberschreitenden Projekten zur Lösung ihrer Probleme zu begreifen. Entscheidend ist es nun, zu greifbaren Fortschritten in der Umsetzung des Aktionsplans zu kommen. Die Arbeitsgruppen und Task Forces des Ostseerats werden aktiv dazu beitragen. Bereits heute sind sie ständige Gesprächspartner der EU, wenn es um die Definierung regionaler Projekte geht. Dabei findet keine Doppelarbeit statt, da sich der Ostseerat nur um regionale Projekte kümmert. Durch Einbeziehung aller Partner in der Region, nicht nur der EU-Beitrittskandidaten, sondern auch Russlands, Norwegens und Islands bringen sie

neben ihrer Expertise auch den Vorteil mit sich, EU-grenzüberschreitend zu wirken. Außer der raschen Umsetzung wird es darauf ankommen, die Nördliche Dimension zu einem ständigen und integrierten Teil der EU-Politik werden zu lassen. Auch nach der EU-Erweiterung wird sie ihre Bedeutung wahren, nicht zuletzt um die Nachbarschaftspolitik mit Russland zu untermauern und zu fördern.

Ein Problem der Nördlichen Dimension liegt darin, dass sie auf der Basis der vorhandenen Finanzierungsinstrumente der EU arbeitet. Das Auswärtige Amt hat sich daher auch im Hinblick auf unsere Ostseeratspräsidentschaft an die Kommissare Barnier, Patten und Verheugen gewandt und in Abstimmung mit den nördlichen Bundesländern Vorschläge für ein effizienteres Zusammenwirken der Gemeinschaftsinstrumente gemacht. Die Kommission sieht in den Überlegungen "interessante Anstöße", wie Phare-CBC-Mittel – in Verzahnung mit Interreg programmiert und eingesetzt werden können. Durch die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmierungsdokuments könnte eine erfolgreiche und echte Zusammenarbeit im Ostseeraum verbessert werden. Auf der erwähnten Ministerkonferenz zur Nördlichen Dimension am 9. April hat die Kommission einen Leitfaden für die Koordinierung von TACIS mit anderen Finanzierungsinstrumenten vorgestellt. Dabei erscheint eine gemeinsame Programmierung nicht möglich zu sein, wohl aber kann Parallelförderung als realistische Möglichkeit für eine Kofinanzierung von Projekten vorgesehen werden. Dem Interreg-Sekretariat, für dessen Erhalt in Rostock sich das Auswärtige Amt mit Nachdruck eingesetzt hat, wird bei der Programmarbeit wichtige Aufgaben zukommen.

Der Ostseeraum ist für das Zusammenwachsen auf unserem Kontinent auch deswegen von besonderer Bedeutung, da hier Russland stärker als sonst irgendwo an seinen Grenzen mit dem Westen Europas verwoben und historisch verwachsen ist. Es ist kein Zufall, dass die

große Ostseestadt St. Petersburg als Russlands Fenster nach Westen bezeichnet wird. Mit Finnland und den Baltischen Staaten verbindet Russland eine jahrhundertelange, wenn auch nicht immer einfache Geschichte. Von dem Beitritt der baltischen Staaten und Polens zur EU wird für die Zusammenarbeit mit Russland ein wichtiger Impuls ausgehen. Russland wird dann fünf unmittelbare EU-Nachbarn haben und eine große Chance für seinen erleichterten Zugang zum EU-Binnenmarkt. Eine namhafte russische Minderheit wird zudem dann in der EU leben. Auch das russische Gebiet Kaliningrad, das in geographischer Nähe zu uns liegt, stellt besondere Herausforderungen an die EU im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Die unmittelbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Russland wird sich mit den östlichen Nachbarstaaten abspielen. Dort wird unmittelbar zu spüren sein, wie sich Russland entwickelt und auch, wie sich die Beziehungen Europas zu Russland entwickeln.

Die EU hat für Russland auch in Handelsfragen eine herausgehobene Bedeutung. Heute bereits werden über 40 % der russischen Exporte mit der Union abgewickelt. Dieser Anteil wird – nicht nur wegen der Osterweiterung – in den kommenden Jahren auf über 50 % steigen. Über die Hälfte aller russischen Seetransporte gehen über die Ostsee. 60 % aller Investitionen in Russland stammen aus EU-Mitgliedsländern. Die EU und Russland sind durch gemeinsame Interessen an der Nutzung des russischen Erdgases miteinander verbunden. Die Russische Föderation ist heute in einem viel höheren Maße ein Ostseeanrainer und durch die Interessen eines Ostseeanrainers bestimmt, als es die Sowjetunion je war. Doch diese gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen sind auch die besten Garanten für eine friedliche und wohlstandsmehrende Weiterentwicklung.

Ohne die Einbeziehung Russlands in die positive wirtschaftliche Entwicklung der Region laufen auf Europa Gefahren zu. Schon jetzt beobachten wir ein sich vertiefendes

Wohlstandsgefälle an den Grenzen zu Russland, dies gilt für das EU-Mitgliedsland Finnland, aber auch für die vier Beitrittskandidaten. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt wird von Russland nur genutzt werden können, wenn seine Wirtschafts- und Produktionsweise hohen Qualitätsmaßstäben genügt.

Der Ostseerat hat es von Anfang an als zentrale Aufgabe angesehen, das Entstehen neuer Gräben zu verhindern. Deswegen auch haben die Wirtschafts- und Handelsminister im Februar 2000 einen detaillierten Plan aufgestellt, um Hindernisse für die wirtschaftliche Zusammenarbeit abzubauen. Dazu zählt auch das Ziel, die Abfertigungszeiten für den Güterverkehr an den Grenzen auf höchstens zwei Stunden zu senken. Nur wenn dies gelingt, machen die umfassenden Pläne zum Ausbau der Verkehrswege in der Region Sinn.

Es ist zu hoffen, dass Russland erkennt, dass erwünschte Investitionen nicht durch Konferenzen oder Investitionsförderungsseminare, sondern nur durch eine Verbesserung des wirtschaftlichen und rechtlichen Regelwerks mobilisiert werden können. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch der WTO-Beitritt Russlands. Die russische Ostseeratspräsidentschaft kann die Chancen, die sich aus der wirtschaftlichen Dynamik der Region ergeben, ergreifen. Sie kann dazu beitragen, dass an der Weiterentwicklung von Normen und Standards gearbeitet wird, damit kein normatives Gefälle die Angleichung der Wirtschaftsentwicklung weiter verhindert.

Der Ostseerat hat der besonderen Situation von Kaliningrad im vergangenen Jahr Rechnung getragen. Er unterstützt die Einbindung dieser zukünftigen EU-Enklave in die regionale Kooperation, in dem er dort im September 2000 eine Euro-Fakultät an der Staatlichen Universität eingerichtet hat. In der juristischen und Wirtschaftsfakultät

unterstützt die Euro-Fakultät die Modernisierung von Lehrinhalten und Lehrmethoden, um den Nachwuchskräften der Region den geistigen Zugang zur Dynamik des Ostseeraums zu erleichtern.

Auch die EU ist gefragt. Die EU-Kommission hat ein gutes Papier verfasst, das einige Schritte für ein weiteres Vorgehen vorsieht. Die Regierung in Moskau ist jetzt gefragt, im Gespräch mit der EU-Kommission darauf zu reagieren. Doch auch der multilaterale Rahmen des Ostseerats kann weiter genutzt werden. Hier sitzen nicht nur Russland, sondern auch die unmittelbaren Nachbarn wie Litauen und Polen mit am Tisch.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch drei weitere Schwerpunkte unserer Ostseeratspräsidentschaft erwähnen, die zum modellhaften Charakter der Ostseeregion im europäischen Rahmen beitragen sollen.

Die Entwicklung des Ostseeraums kann nur gelingen, wenn wir die Zivilgesellschaft noch stärker einbeziehen. In zahlreichen Ländern der Region spielen die Vertreter der Zivilgesellschaft eine große Rolle. Wir sehen es als entscheidend an, diesen "bottom-up approach" in der gesamten Region weiter zu kräftigen. Es ist zu wünschen, dass auch die Netzwerke von Nichtregierungsvertretern ihren Beitrag dazu leisten, dass die Region zusammenwächst. Auf dem ersten Forum für Nichtregierungsorganisationen in der Geschichte des Ostseerats am 28./29. Mai 2001 in Lübeck wollen wir den NGOs der Region eine Plattform bieten, um ihre Ziele für die Region zu erarbeiten. Dies soll vor allem in den Bereichen Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung, demokratische Partizipation und Jugendaustausch Platz finden. Zu diesem Forum haben sich Nichtregierungsorganisationen aus allen Ostseeanrainerstaaten einschließlich Russland angemeldet.

Einen Schwerpunkt sehen wir auch im Umweltschutz und der nachhaltigen Entwicklung. In der ganzen Welt gibt es kaum andere Regionen, die sich den Beschlüssen der Konferenz von Rio über Umwelt und Entwicklung so ernsthaft gewidmet haben wie der Ostseeraum. Eine eigene regionale Agenda wurde verabschiedet, um in einer systematischen Zusammenarbeit zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen. Wir konnten in den vergangenen Monaten eine Einigkeit über die Anbindung des Baltic 21 Sekretariats erzielen, die diese Zusammenarbeit voranbringen soll. Und es sind Schritte zur verbesserten Koordinierung mit HELCOM eingeleitet worden. Bereits 1974 haben die Staaten der Region die Helsinki Konvention zum Gewässerschutz, heute unter dem Namen HELCOM bekannt, geschlossen. Die Ostsee bleibt, dies hat das jüngste Unglück der Baltic Carrier gezeigt, ein ökologisch gefährdetes Gewässer. Das Auswärtige Amt hatte daher bereits vor drei Monaten, auch auf Anraten Mecklenburg-Vorpommerns eine Initiative ergriffen, um die Belastungen durch den Schiffsverkehr auf die Tagungsordnung des Ostseerats zu bringen. Sie sieht unter anderem vor, Maßnahmen zur Katastrophenprävention durch satellitengestützte Überwachungssysteme voranzubringen, die internationalen Bemühungen im Rahmen der IMO zur Einführung der Einhüllentanker zu stützen und Short Sea Shipping als umweltfreundliche Alternative zum Landtransport zu fördern. Ob eine Lotsenpflicht durchgesetzt werden wird, wird noch diskutiert. Gemeinsam mit den Anstrengungen im Rahmen der Konvention von Helsinki sollen weitere Belastungsschwerpunkte und Gefahren beseitigt werden. Wir hoffen bis zum politischen Abschluss unserer Ostseeratspräsidentschaft auf der Ministerkonferenz in Hamburg am 7. Juni 2001 Fortschritte verzeichnen zu können. Auf einer Tagung der Transport- und Umweltminister im HELCOM – Rahmen im September in Kopenhagen werden die Umweltgefährdungen durch Schiffstransport dann genauer behandelt werden.

Der Ostseeraum verfügt mit seinen zahlreichen, qualitativ hochstehenden Universitäten und seinem hohen Bildungsstandard über ein gutes Zukunftspotential, um zu einer wissensgestützten Gesellschaft besonderer Prägung zu werden. Vor zwei Tagen hat Außenminister Fischer hier in Rostock auf dem Bürgerforum darauf hingewiesen, daß in der Zusammenarbeit im Ostseeraum vor allem im Wissensbereich viel Musik drin ist. Vier Ostseeländer – Deutschland ist nicht darunter – zählen zudem zu den fünf absoluten Spitzenreitern, was die Nutzung moderner Informationstechnologie anbelangt. Auf einer internationalen Expertentagung von Hochschulprofessoren, Kennern der IT-Materie und Fachleuten des Technologietransfers wurde in Berlin darüber diskutiert, welche Initiativen sinnvoll sind, um die Entwicklung in dieser Hinsicht zu beschleunigen. Es bestand Einigkeit über die guten Voraussetzungen und über die Notwendigkeit im regionalen Sinn mehr strategisch zu planen. Der Ostseeraum braucht ein "brand", ein internationales Markenzeichen, als hervorragender Raum höherer Bildung. In Zeiten knapper Kassen wird die Schaffung einer neuen Ostseeuniversität nicht kurzfristig möglich sein, warum sollte es aber nicht gelingen, eine qualitativ hervorragende Ostsee-Sommer-Universität für Graduierte ins Leben zu rufen, die die noch existierenden Probleme – Mobilität von Studenten und Lehrern, Entwicklung gemeinsamer Curricula, Anerkennung von Abschlüssen – durch konkrete Zusammenarbeit weiterbringt. In der Frage der Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien ist vom Ostseerat in Partnerschaft mit der Europäischen Kommission ein Aktionsplan für eine neue Dimension der Region vorgesehen. Dabei soll der Zugang zu Informationstechnologien, konkreter aber auch zu Forschungsnetzwerken und virtuellen Lehrprojekten vorangebracht werden.

Das Wasser der Ostsee ist nach Jahrzehnten unnatürlicher Trennlinien wieder zum verbindenden Element zwischen den Ländern und Städten geworden. Der Ostseeraum erhebt wieder als natürliche Arena gemeinsamer Entwicklung und Kooperation. Wir haben

ein Interesse, an dieser Entwicklung einen führenden Anteil zu haben und dazu beizutragen, dass die Region im Wettbewerb der europäischen Subregionen einen führenden Platz einnimmt. Indem Mecklenburg-Vorpommern, indem Hansestädte wie Rostock sich in diesem regionalen Bezugfeld aktiv betätigen, tragen sie zu einem wichtigen europäischen Prozess bei und schaffen sich ein Profil, das in der Zukunft an Gewicht gewinnt.